



**Ausgabe 03/23**

# DENIZ DIREKT

Im März Plenum wurde durch die SPD-geführte Landesregierung der **Entwurf des Zweiten Nachtragshaushaltes 2023** eingebracht. Dieser enthält neben den Bereichen Wohnungsbau, Krankenhausfinanzierung, Bildung und Klimaschutz, vor allem auch Finanzmittel zur **Unterstützung der Kommunen**, die für die Unterbringung geflüchteter Menschen zuständig sind.

**"Sprachkurse des Landers für Erwachsene voranbringen!"**, so lautet der Antrag der Regierungsfraktionen. Die Sprachförderangebote des Landes müssen ausgebaut und dem **gestiegenen Bedarf angepasst** werden, gerade auch im Hinblick auf Angebote für Frauen und Eltern hinsichtlich der Kinderbetreuung.



Der Spracherwerb ist der **wichtigste Schlüssel zur Integration**. Gerade auf dem Arbeitsmarkt wird oftmals ein gewisses **Sprachniveau** erwartet. Durch die aktuell wieder hohe Zahl an Geflüchteten, sind die Angebote des Bundes nicht ausreichend. Es kommt mitunter zu **langen Wartezeiten**. Eine temporäre Erhöhung von Landesmitteln ist notwendig. Bereits 2022 lagen die **Antragszahlen** von Kursen

deutlich über den bewilligten Mitteln. Das **Sprachförderprogramm** muss an die Bedürfnisse der Teilnehmenden angepasst werden. Aber auch die **Unterstützung Ehrenamtlicher** muss gefördert werden. Mit der **"Fortbildungsoffensive Ehrenamtliche als Sprachbegleiter für Flüchtlinge"** sollen diese geschult werden.

**Tausende Kinder** müssen jährlich vor Gericht als Opfer oder Zeugen **aussagen**. Die Vernehmung von Zeugen ist ein **essentieller Bestandteil** des Strafprozesses. Der **Mündlichkeitsgrundsatz** des Verfahrens verbietet das Verlesen von Vernehmungsprotokollen. § 247 der Strafprozessordnung (StPO) bietet unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit, den Angeklagten bei der Vernehmung von Zeugen und Mitangeklagten aus dem Sitzungszimmer zu entfernen, gerade auch wenn minderjährige Personen aussagen. Entscheidend ist das **Wohl des Zeugen**. § 247 a StPO bietet dagegen die Möglichkeit der Videovernehmung, die der Angeklagte mitverfolgen kann. Allerdings fehlt hier die **Differenzierung** zwi-



# DENIZ DIREKT

schen minderjährigen und volljährigen Zeugen. Der **Kinder- und Jugendschutz** entspricht im deutschen Justizapparat nicht den **internationalen Anforderungen** oder Leitlinien des Europarates für eine kindgerechte Justiz. Daher fordern die Regierungsfractionen die Landesregierung auf, sich im Rahmen einer **Bundesratsinitiative** für eine Änderung des § 247 a StPO dahingehend einzusetzen, dass die Voraussetzungen für eine **audiovisuelle Vernehmung bei minderjährigen Zeugen** gesenkt werden. Ausreichend soll bereits die Befürchtung sein, dass ein **erheblicher Nachteil** für das Wohl der Minderjährigen besteht.

In die erste Beratung ging der Antrag "**Logistik geht auch mit Guter Arbeit: Werkverträge und Nachunternehmerketten in der Paketbranche verbieten**". Seit 2019 gilt bundesweit



das Paketboten-Schutzgesetz. Die damals gesetzten Ziele zum **Schutz der Arbeitenden** wurden nicht erreicht. Noch immer sind ca. 2/3 der Zustellerinnen

und Zusteller als **Subunternehmer oder Solo-Selbstständige** tätig und somit nicht tariflich abgesichert beschäftigt. **Hohe Arbeitsbelastung**, psychischer Druck und **fehlende Lohnfortzahlung** im Krankheitsfall sind nur einige Negativeffekte. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich für eine Änderung des **Gesetzes zur Einführung einer Nachunternehmerhaftung in der Kurier-, Express- und Paketbranche** einzusetzen. Ferner soll eine **Bundesratsinitiative** eingebracht werden, die u.a. ein Verbot des Einsatzes von Fremdpersonal zum Transport und der Auslieferung bei Paketdienstleistungen und somit das **Verbot von Werkverträgen und Nachunternehmerketten** beinhaltet. Auch eine Gewichtsbeschränkung

von 20 kg im Ein-Personen-Handling ist vorgesehen.

Die **Landesaufnahmebehörde (LAB) in Bramsche** war das Ziel der Mitglieder des Innenausschusses Anfang März. Bereits seit 2016 ist die LAB Bramsche der zentrale Bearbeitungsort für **ankommende Geflüchtete**. Die 17,4 Hektar große Liegenschaft verfügt über **35 Gebäude** und kann bis zu



1200 Personen aufnehmen. Klaus Dierker, Leiter der LAB, erläuterte den Abgeordneten die **Entwicklung der Zugangszahlen** der Geflüchteten und Vertriebenen. Das **Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)** ist auf dem Gelände vertreten, ebenso die **Bundeagentur für Arbeit**. Sowohl medizinische Versorgung oder auch Lerngruppen für Kinder werden hier angeboten.

Mit jungen Menschen über Politik diskutieren ist immer eine Bereicherung. Dies konnte ich am **Willms-Gymnasium** mit dem **Politik-Leistungskurs** von Darius Lewandowski. Politisches **Engagement von Jugendlichen** ist ein unverzichtbarer Teil unserer Demokratie. Aber auch das **Delmenhorster Kinder- und Jugendparlament** bietet Interessierten die Möglichkeit, sich Gehör zu verschaffen. Thematisiert wurde auch die **Herabsetzung des Wahlalters**. Derzeit darf ab 18 Jahren gewählt werden. Die SPD-Niedersachsen setzt sich schon lange für die **Wahlberechtigung ab 16 Jahren** ein. Die **Ausgestaltung der Energiewende** in Niedersachsen war für die Schülerinnen und Schülern ein wichtiges Thema. Ein toller Austausch mit **politisch interessierten und meinungsstarken** jungen Erwachsenen.